

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Habek & Comp., Nr. 1308.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, Habek & Comp., Nr. 1308.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Anzeilenzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die 3-spaltige Anzeilenzeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenerhöhung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 1 M.

Nr. 114

Dresden, Mittwoch den 17. Mai 1922

33. Jahrg.

Die Transportkrise in Russland

Die Lage des russischen Transportes ist immer noch sehr kritisch. Die Bestellungen auf Lokomotiven und verschiedene Eisenbahnmaterialien, die die Sowjetregierung im Ausland, in erster Linie in Deutschland, gemacht hat, haben in keiner Weise zu einer Besserung geführt. Immer gibt sich die Sowjetregierung die größte Mühe, die Schwierigkeiten zu überwinden, doch erschweren diese Bemühungen zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Ende 1921 hat die Sowjetregierung beschlossen, die Eisenbahnen in drei Gruppen nach dem Maße der technischen Fähigkeiten für den Bahnkörper und die Anlage einzuteilen. Die erste Gruppe, zu der die wichtigsten Strecken gehören, soll unter allen Umständen intakt gehalten und mit normaler Geschwindigkeit des Betriebes betrieben werden. Der zweiten und dritten Gruppe wird weniger Aufmerksamkeit gewidmet, weil die Betriebsstrecken, die zu diesen Gruppen gehören, nicht in wirtschaftlich bedeutenden Gegenden liegen.

Doch auch dieser Versuch, die Eisenbahnen in Gruppen zu unterteilen, hat nichts genützt. Im Gegenteil, die Transportkrise wird immer größer.

Indessen besteht ohne einen geordneten Transportverkehr keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die gegenwärtige Industriekrise, über die sich in letzter Zeit die Sowjetregierung beklagt, ist nicht nur auf die allgemeine Verarmung des Landes, sondern zum großen Teil auch auf die gestörten Transportverhältnisse zurückzuführen. Nachdem die Sowjetregierung an ihrer ursprünglichen Nationalisierungspolitik Abstand genommen hat und jetzt die Industrie nach „kapitalistischen Grundsätzen“ leitet, ist eine Erhöhung der Produktion nachzuweisen. Doch kann die Industrie ihre Erzeugnisse im Lande nicht absetzen, da die Eisenbahnen nicht in der Lage sind, die Waren weiter zu befördern. Am besten sieht man die Folgen der Transportkrise an der Tatsache, daß die notwendigen oder aus dem Ausland eingeführten Rohstoffmengen nicht zu ihren Bestimmungsorten gelangen können.

Seit dem neuen Wirtschaftsjahr hat sich die Produktion in dem wichtigsten Rohstoffgebiet Russlands, dem Donetz-Becken, erhöht. Während sie noch im August 1921 dort kaum 30 Millionen Kubikmeter erreichte, hat sie im Dezember desselben Jahres 74 Millionen Kubikmeter und steigt weiter auf einer Durchschnittshöhe von 80 Millionen Kubikmeter.

Ergebnis sind die positiven Ergebnisse ziemlich gering; denn die Kohle konnte nicht ausgebaut werden. Am 1. März sind im Donetz-Becken über 180 Millionen Kubikmeter Kohle als vorrätig zurückgelassen. In diesem Bereich im Moskauer Gebiet ein großer Mangel an Kohle.

Die umgekehrten Verhältnisse sind gegenwärtig in Russland und Galizien, zeigen folgende Beispiele: In diesen Tagen hat sich in der Ukraine ein Krach gebildet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, Kohle nach dem Ausland zu exportieren. Der Export kann wegen der Nähe des Schwarzen Meeres ziemlich gut organisiert werden. Während die Fabriken Zentralrusslands gut organisiert sind, wegen Mangel an Heizmaterial ihre Produktion einzuschränken, muß die Ukraine wegen einer künstlichen Überproduktion die Kohle ins Ausland ausführen. — Das Außenhandels-Kommissariat hat in großen Mengen Kohle ins Ausland bestellt. So sind schon seit langem im Hafen von Murmansk (Nördliches Meer) 10 000 Tonnen englischer Steinkohle eingetroffen. Diese Kohle lagert dort noch immer und kann nicht nach Petersburg weiter befördert werden, weil die Eisenbahnlinie Murmansk—Joanika völlig zerstört ist. Gleichzeitig wird aber aus Petersburg gemeldet, daß dort eine große Anzahl von Fabriken während der Sommermonate schließen wird, weil keine Heizmaterialien vorhanden sind. Zusammen ist dabei noch, daß die oben genannte Eisenbahnlinie zu der ersten Gruppe gehört.

Ohne einen geordneten Transport kann also an die Befreiung der Produktion der russischen Industrie sowie an die Befreiung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gedacht werden. Alle ausländischen Kapitalisten, die in Russland Geschäfte abzuwickeln beabsichtigen, oder in Russland irgendwelche großen Pläne zu verwirklichen gedenken, müssen sich dessen bewußt sein, daß sich in nächster Zeit ihre Pläne nur an verkehrreichen Orten verwirklichen lassen. Alle anderen Pläne werden eben nur reine Pläne bleiben.

M. S.-B.

Staatsanwalt Rabel

Die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre, deren Anwalt am 23. Mai in Moskau beginnt, reisen am Mittwoch früh von Berlin nach Moskau ab. Von der Zweiten Internationale befreit sich Genosse Bauer gerade unter den Verteidigern. Wie wir erfahren, ist Rabel mit der Funktion des Staatsanwalts beauftragt. Soll das etwa die Strafe der Moskauer Sozialrevolutionäre dafür sein, daß Rabel auf der Berliner Sozialistenkonferenz die Entlassung von Verteidigern und die Nichtverurteilung von Todesstrafe für die Angeklagten zugesagt hat?

Nach dem Berliner Volksanzeiger beurteilte das Oberste Gericht der Ukraine den linken Sozialrevolutionär Paschuk, der die Ermordung des deutschen Feldmarschalls v. Eichhorn in Kiew eingestanden hatte zum Tode.

Rätekongreß in Moskau

Der Rätekongreß ist unter dem Vorsitz Kalinins zu demnächstigen. Von den 225 Mitgliedern sind noch nicht alle anwesend. Die Vertagung des Agrargesetzes an einen Ausschuß wurde nach kurzer Beratung einstimmig genehmigt. Das Gesetz enthält im wesentlichen die Gedanken der Agrarreform Stalins. Es erkennt das unbedingte Eigentumsrecht für bewirtschaftliche Arbeiter an.

Amerikas Zurückhaltung

Genau, 16. Mai. Der amerikanische Botschafter Child hat unter dem 16. Mai folgendes Schreiben an den italienischen Minister Schanzer gerichtet:

Ich habe die Ehre, Ihnen beizubringen eine Note meiner Regierung als Antwort auf Ihre Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die sich im Haag mit Russland beschäftigen soll, mitzuteilen:

Die amerikanische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der im Haag am 13. Juni zusammenzutretenden Konferenz, die an sie von dem Präsidenten der Konferenz von Genoa ergangen ist, und zwar unter den Bedingungen, die in dem Kommando der einladenden Mächte aufeinandergelesen worden sind, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Die amerikanische Regierung ist in dem höchsten Maße von dem Fortschreiten dieser, in jeder Hinsicht unzulässigen Weise an dem Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten mitzuwirken, und möchte noch einmal der tiefempfundenen Freundschaft, die das Volk der Vereinigten Staaten für das russische Volk empfindet, und dem lebhaften Interesse Ausdruck geben, welches das amerikanische Volk an allen Maßnahmen hat, die auf die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wohlfahrt gerichtet sind, auf die das russische Volk trotz seiner Fähigkeiten und persönlichen Hilfsquellen berechtigten Anspruch hat. Das amerikanische Volk hat bereits greifbare Beweise seines ernstlichen Interesses an der wirtschaftlichen Befreiung Russlands gegeben, und die amerikanische Regierung würde sich nur mit äußerster Zurückhaltung von jeder möglichen Gelegenheit, hilfreich zu sein, fernhalten.

Die amerikanische Regierung ist jedoch nicht in der Lage, zu dem Schluß zu kommen, daß sie in entsprechender Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genoa-Konferenz unter anderem Namen

sein würde und da diese Konferenz der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen würde, falls sie in dem russischen Memorandum vom 11. Mai eingewommene Forderungen unberücksichtigt bliebe. Die unaufrichtige und letzten Endes selbstverleumdende Frage ist offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Russland. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen müssen noch geschaffen werden und der Natur der Dinge nach

innerhalb Russlands selbst geschaffen werden. Während die amerikanische Regierung sich der Ansicht gewogen ist, daß diese Vorbedingungen durchaus klar zutage liegen, ist sie bereit zu gewarten, gemeinsam mit den gegenwärtig einladenden Mächten eine Sachverständigen-Enquete zum Studium der wirtschaftlichen Lage in Russland

und der notwendigen Mittel zu ihrer Besserung einzusetzen. Eine solche Enquete müßte sich in zweckdienlicher Weise mit dem Studium der wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Russland beschäftigen, ohne die offensichtlich jede gesunde Basis für Kredite fehlen müßte. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die amerikanische Regierung durchaus bereit ist, allen Vorschlägen, die von der Genoa-Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgehen würden, ernsthafte Beachtung zu schenken, aber sie ist der Ansicht, daß die offenbar als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai erstigten gegenwärtig vorliegenden Anregungen angesichts des Fortschritts jener Note nicht die klare Bestimmtheit besitzen, die es der amerikanischen Regierung ermöglichen würden, ihre Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Hilfsplan zu erteilen.

Unsere gestrige Mitteilung auf Grund Genauer Nachrichten, daß Amerika die Einladung nach dem Haag angenommen hat, war zum mindesten verfrüht. Das Schreiben Childs bedeutet zunächst eine Ablehnung Amerikas, in der gegenwärtigen Lage nach dem Haag zu kommen. Die ganze Note aber ist eher so gefaßt, daß sie weitere Verhandlungen wahrscheinlich macht. Die amerikanische Regierung erklärt sich ja grundsätzlich zu Sachverständigen-Vorlesungen bereit, nur wird sie ihre Teilnahme von bestimmten Bedingungen abhängig machen, die sich voraussichtlich sowohl gegen Frankreich wie auch gegen Russland richten werden.

Einstein im Völkerbundschaß

Genf, 16. Mai. Der Völkerbund hat heute morgen die Mitglieder des neu gebildeten wissenschaftlichen Ausschusses zum Studium der internationalen geistigen Zusammenarbeit ernannt, darunter Professor Einstein in Berlin.

Die Teilung Oberschlesiens

Mit der am 15. Mai in Genf erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Polen ist die rechtliche Teilung Oberschlesiens auf Grund des Genfer Spruchs vollzogen, und es bleibt nur noch der Vollzug der faktischen Teilung übrig, der in kürzlicher Zeit erfolgen wird. Die internationalen Behörden und Truppen werden sich zurückziehen und den deutschen und polnischen Behörden die ihnen zugewiesenen Teile übergeben. Ein schmerzliches Kapitel in der Geschichte Deutschlands findet damit seinen Abschluß.

Der Kampf um Oberschlesien ist vorwiegend mit wirtschaftlichen Gründen geführt worden. Da in den nächsten 15 Jahren die Verhältnisse stabil bleiben und der Verkehr für die der ober-schlesischen Industrie notwendigen Rohstoffe und Produkte frei bleiben soll, wird sich die Teilung wirtschaftlich zunächst nicht allzu stark fühlbar machen. Dabei ist voranzusetzen, daß die polnische Verwaltung instande sein wird, eine Störung der Wirtschaft zu verhindern, was sie allerdings aus den verschiedensten Gründen den guten Willen mitbringen dürfte. Einmal entspricht die Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Oberschlesien dem staatlichen Interesse Polens, zum andern aber — und das ist vielleicht der wichtigere Gesichtspunkt — dürfte sich die polnische Staatsgewalt dem in Oberschlesien wirklich herrschenden Großkapital gegenüber kaum übermäßig stark erweisen. Deutsch oder polnisch, bleibt Oberschlesien doch tatsächlich der Herrschaftsbereich einiger mächtiger Kapitalmagnaten.

Mit Interesse wird man die wirtschaftlichen Wirkungen des jetzt geschaffenen Zustandes erwarten dürfen, nachdem die Mark in Polen zunächst gelegentlich Zahlungsmittel bleibt und durch Freibleiben des Verkehrs mit den wichtigsten Gütern die Volkswirtschaft wesentlich gelockert wird. Man hat im Zusammenhang mit diesem Zustand von einem neuen Loch im Osten gesprochen, das aber ganz anders wirken muß als das berühmte Loch im Westen, weil die volutarischen Druckverhältnisse gerade umgekehrt liegen. Deutschland ist gegenüber Polen, so wunderbar dies auch klingen mag, ein hochvolutarisches Land. Die Verlockung für Polen, nach Deutschland zu verlaufen, ist daher sehr groß, und Schaden könnte es uns schließlich nicht, wenn wir auf diese Weise wieder etwas mehr Lebensmittel von Osten her nach Deutschland bekommen würden.

Wenn der neue Zustand in Oberschlesien automatisch die Wirkung haben sollte, die bisherige wirtschaftliche Sperrpolitik gegenüber Polen zu brechen, so wäre das nur ein Gewinn. Diese Sperrpolitik ist seinerzeit aus rein politischen Gründen eingeleitet worden. Sie hat der deutschen, namentlich der schlesischen Industrie zugunsten der tschecho-slowakischen gehandelt, den deutsch-polnischen Handel von seinem

natürlichen Weg über Danzig abgelenkt. Auch im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo wird die volle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zur zwingenden Notwendigkeit. Polen ist das natürliche Vermittlungsgebiet zwischen Deutschland und Russland. Wenn es als solches richtig funktioniert, so kann das allen drei Seiten nur nützen.

Mit der vollzogenen Teilung Polens werden die Grenzen Deutschlands, von der einen offenen Seite, des Saargebiets, abgeben, die sich erst in 13 Jahren schließen wird, wieder fest. Solange nicht auf dem alten, von nationalen Kämpfen zermüllten Boden Europas eine ganz neue Welt entstanden ist, die ihre politischen Grenzen ohne blutigen Streit nach reinen Zweckmäßigkeitsgründen regelt, oder solange kein neuer Krieg entsteht, den wir wahrhaftig nicht wünschen können, wird sich Deutschland mit der schmerzlichen Tatsache der Gebietsverluste, die es im Weltkrieg erlitten hat, abfinden müssen. Eine Politik der Verredenta werden wir uns nicht leisten können.

Die Absicht des französischen Imperialismus beim Abschluß des Friedens von Versailles liegt klar zutage. Die Verkleinerung Deutschlands war dabei nicht die Hauptbedeutung; denn auch nach ihr bleibt Deutschland an Volkszahl Frankreich gewaltig überlegen. Der eigentliche Hauptzweck war, Deutschland durch diese neue Grenzgestaltung in ewige Sünden mit seinen Nachbarn zu verwickeln. Da jeder von ihnen, nur Holland und die Schweiz ausgenommen, ein kleineres oder größeres Stück deutschen Gebiets zugewiesen bekam, war als Wirkung zu erwarten, daß alle diese besetzten Staaten das neu erworbene Gebiet in eine Art von Verteilungszustand gegen Deutschland setzen würden; daß überall Reibungsflächen entstehen würden; daß sich alle Nachbarn Deutschlands zu einer Art von politischer Interessengemeinschaft zusammenschließen würden gegen Deutschland zum Schutze des Deutschland abgenommenen Gebiets. Auf diese Weise sollte die weltpolitische Konstellation, die während des Weltkrieges entstanden war, verewigt werden, für alle Zeit sollte es für Deutschland heißen: Feinde ringsum!

Hat man diese Absicht des französischen Imperialismus richtig erkannt, so muß die Folge davon sein, daß man sich vornimmt, nicht in diese Falle zu tappen. Auch Polen gegenüber kommt Deutschland keine andere Politik treiben, als eine gut nachvollziehbare, die darauf ausgeht, wirtschaftliche Beziehungen enger zu gestalten und den nationalpolitischen Druck auf beiden Seiten einzulassen zu lassen. Eine andere, nur von Gefühlen, nicht aber von Klugheit und nüchternen Wahrnehmung deutscher Volksinteressen diktierte Politik könnte uns nur schaden.

Deutscher Reichstag

211. Sitzung vom 16. Mai, 11 Uhr vorm.

Bei der fortgesetzten Beratung des Haushalts der Reichs- und Telegraphenverwaltung begrüßt Abg. Lecht (Bayr. Rp.) die Erwägungen der Postverwaltung über eine Dezentralisierung, die die Verwaltung beweglicher macht. Es ist eine falsche Annahme, daß die Einheit des Reichs in einer möglichst Vereinheitlichung besteht. Man sollte vielmehr den einzelnen Verwaltungsgebieten der Länder oder der Bezirke mögliche Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit geben. Es würde sich empfehlen, die wöchige Sonntagsruhe im Postbetrieb, die bisher nur in Bayern besteht, auf das ganze Reich auszuweiten. Dadurch würden nicht unerhebliche Ersparnisse erzielt werden. Das große Defizit bei der Post ist zurückzuführen auf die ungeheure Geldwertvermehrung und die hohe Zahl des Personals, das nach Einführung des Achtstundentages um 60 000 Köpfe gewachsen ist. Die Gebührenerhöhung ist nicht das Mittel zur Vermeidung des Defizits, sie bringt vielmehr einen Rückgang des Verkehrs mit sich.

Reichspostminister Sieverts bemerkt, daß sich namentlich auf dem Lande eine starke Strömung gegen die Aufhebung des Sonntagserlasses bemerkbar mache, da der Bauer am Sonntag seine Zeitung lesen wolle, wogu er in der Woche keine Zeit hat.

Staatssekretär Treuler stellt fest, daß die Verwaltung sich noch nicht über den Umfang der Dezentralisierung, höhere Beamtenstellen und untere zu entscheiden, höhere Rechnung zu tragen. Die Dezentralisierung über die Beamten, die vom unteren zum mittleren Dienst versetzt werden, würden nach Überwindung einer gewissen Ubergangszeit überflüssig werden.

Abg. Seppel (Eos.): Der Betrieb muß die Hauptursache und die Verwaltungsstellen die Nebenursache werden. Im Gegensatz dazu haben sich die Verwaltungsstellen heute in übermäßiger Weise in den Vordergrund geschoben. Den früheren Postschaffnern, jetzigen Sekretären und den gepulverten Postschaffnern bzw. Oberpostschaffnern muß unter allen Umständen geholfen werden. Es ist unverständlich, warum man in der Postverwaltung auf der einen Seite 12 000 Beamte zu viel hat, während man auf der anderen Seite 13 000 weibliche Beamte neu anstellt. Ueber die Aufsichten ist von allen Seiten Kritik zu erwarten. Hinter einem Mann, der tatsächlich arbeitet, stehen in der Regel vier bis fünf Aufsichtsbewerber, die unbedingt zur produktiven Arbeit herangezogen werden müssen. Der Minister hat gesagt, bei der heutigen Verhältnisse sei es schwer, überflüssige Beamte nach anderen Verhältnissen zu versetzen. Wenn es sich um politische Angelegenheiten handelt, wird man sich nicht für diese Maßnahme nicht nehmen. Ohne Struppel versteht man nicht, die Beamten und trennt sie von ihrer Familie. — Der Redner spricht dann technische Einzelheiten, die sich auf die Verwendung von Aufstellungen des Personalverhältnisses beziehen. Zur Sprache kommen weiter kleinere Schiffe an einer Oberpostdirektion bei der Befähigung von Willkommenern usw. Auch die Anforderungen von Stellenanwärtern gehen zu lebhaften Klagen über. Besonders wird der Mangel an weiblichen Beamten für die Postämter und die männlichen Beamten der Gruppen 2 und 3. Die Einführung der Dienstleistungsliste bedeutet eine Erleichterung und Vereinfachung des Personalverhältnisses und ist vollständig überflüssig, weil das, was in sie eingetragen werden soll, bereits in Personalbögen steht. Die Beförderung einiger mittlerer Beamten zu Postämtern ist eine der wenigen Handlungen, mit der man zufrieden sein kann. Auf der anderen Seite hat sie natürlich bei den höheren Beamten lebhaften Unwillen erregt. Die Behandlung des Personals läßt vielfach zu wünschen übrig, wofür der Redner eine ganze Reihe von Beispielen anführt und fordert, daß endlich Beamter geschaffen und die Beamten von den Postdirektionen als Menschen behandelt werden. Unter stürmischer Zustimmung des Hauses beschließt der Redner dann den Antrag Oberpostdirektors, daß sich auf Gebieten der Einheitlichkeit mit den Postausstellungen und den kurzen Rufen der Postämter Telephonangehörigen und Postgehilfen beschäftigt. Er bietet sich dem Minister, gegen diesen an sich sehr braven Mann nicht zu unternehmen, da dieser Erfolg auf Anfordern der männlichen Beamten herausgegeben wurde. Unter neuer stürmischer Zustimmung des Hauses stellt der Redner fest, daß es also auch noch technische Postbeamten gibt. Endlos ist die Reihe der Beschwerden, die der Redner über

Viel Lärm um nichts

Durch die agrarische Presse macht eine Notiz die Runde, wonach auf Klagen 500 Landwirte sich zusammengeschlossen haben, vor die Wohnung des Landrates, Genossen Wieland in Bergen, gezogen sind, und von ihm die Erklärung ersucht haben, daß durch eine Sachverständigenkommission Nachprüfung der Umlage erfolgen würde. Davon wird die Drohung getrieben, daß wenn man nicht endlich die Stimme des Landvolkes höre, und ihm das verfassungsmäßige Recht der Gleichheit für alle zugesteht, diese Bauerndemonstrationen zu einer häufigen Erscheinung werden und weitere Landräte Preußen-Deutschlands genau so gezwungen werden, den Agrariern entgegenzukommen. Das Recht auf Demonstrationen, das den Arbeitern freies abgesprachen wird, wird hier also in der schlimmsten Form für die Bauern in Anspruch genommen und damit zugleich strafbare Handlungen, wie Beamtennötigung und Erpressung, verbunden.

Nun ist aber das ganze Geschäft der agrarischen Presse über diese Bauerndemonstration maßlos übertrieben. Tatsache ist, daß nicht 500, sondern etwa 150 Bauern vor der Wohnung des Landrats auf Klagen demonstrieren haben. Richtig ist, daß der Landrat die Nachprüfung der Umlage durch eine Sachverständigenkommission angefordert hat. Richtig ist, daß er sich davon überzeugt hat, daß etwa 10 Leute mit einer so hohen Umlage belegt wurden und aus diesem Grunde nur bei diesen Leuten eine Nachprüfung veranlassen hat. Selbstverständlich hat der sozialdemokratische Landrat auf Klagen ausdrücklich erklärt, daß er an der Umlage festhält.

Es ist also wieder einmal viel Lärm um nichts gemacht worden. Die können den Agrariern von heute versehen, daß sie mit noch so viel Demonstrationen die Befreiung des Umlageverfahrens nicht erzwingen werden. Die Regierung würde bezantworfungslos handeln, die unter Ausschließung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen und der Ernährungsverhältnisse im besonderen die vollständig freie Getreidewirtschaft einführen würde.

Erhöhung der Eisenbahnfrachten

Berlin, 16. Mai. Die neuverleichte Steigerung der Materialpreise und persönlichen Ausgaben der Reichsbahnen beträgt diese, bereits zum 1. Juni d. J. die Güter-, Tier- und Erzeugnisse um 25 Proz. zu erhöhen. Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 10. April d. J. steigert sich der Preis für Eisenbahnfrachten um 200 M. je Tonne oder um 27 Proz. In derselben Zeit ist der Preis für Holz um 240 M. auf 450 M., also um 88 Prozent, für Holzschwellen um 240 M. auf 350 M. oder um 46 Prozent gestiegen. Die Verleierungsarbeiten aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich um 80 im April auf 92 im Mai erhöht. Die jährlichen Ausgaben der Reichsbahnen steigen nun dadurch um rund sieben Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund zwölf Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1923 rund neunzehn Milliarden zu bedenken sind. Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres abgesehen werden, so daß eine Erhöhung der Gütertarife um 25 Proz. zum Ausgleich des Preisrückganges erforderlich ist. Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen in nächster Zeit in die Tarife organisch eingearbeitet werden. Bei der Einarbeitung werden die Eisenbahnbetriebe mitwirken. Wichtigkeit soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Befahren vorzuziehen sei, die der Schiffsahrt aus der derzeitigen starken Störung der Eisenbahnlinie erwachsen.

In Reichsverkehrsministerium trat gestern der Eisenbahn-Organisationsausschuß zusammen, um an der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Stellung zu nehmen. Aus einer Reihe von Resolutionen des Reichsverbandes ist es zu entnehmen, daß die Reichsbahnen die für den Wirtschaftswachstum wichtige Aufgabe der Befahrung zu übernehmen haben. Der Umstand, daß die Reichsbahnen die für den Wirtschaftswachstum wichtige Aufgabe der Befahrung zu übernehmen haben, ist ein Zeichen für die Bedeutung der Eisenbahn für den Wirtschaftswachstum. Die Reichsbahnen haben die Aufgabe, den Wirtschaftswachstum zu fördern und die Wirtschaft zu beleben. Die Reichsbahnen haben die Aufgabe, den Wirtschaftswachstum zu fördern und die Wirtschaft zu beleben. Die Reichsbahnen haben die Aufgabe, den Wirtschaftswachstum zu fördern und die Wirtschaft zu beleben.

Der zweite Vizepräsident, Landtagsabg. Riedel, wandte sich gegen den zweiten Teil der Denkschrift, die die Umwandlung des Eisenbahnverkehrs in eine Privatgesellschaft vorschlägt. Die Umwandlung des Eisenbahnverkehrs in eine Privatgesellschaft ist ein Schritt in die Richtung der Verstaatlichung. Die Reichsbahnen sind ein Unternehmen, das für den Wirtschaftswachstum wichtig ist. Die Reichsbahnen sind ein Unternehmen, das für den Wirtschaftswachstum wichtig ist. Die Reichsbahnen sind ein Unternehmen, das für den Wirtschaftswachstum wichtig ist.

Gewerkschaftsvertreter Roth führte aus: Es sei wohl richtig, daß die Eisenbahn einen Arbeitsaufwand verursacht habe, doch handle es sich um nicht qualifizierten Arbeitskräfte oder Beamte, deren Zahl leider nicht richtig bei der Berechnung abgezogen worden sei, und die nun aus ihrer bisherigen Tätigkeit ein Gehaltsverdienst machen wollen. Die Verwaltung habe dem übertragene Personal ihren Dienstplan angepasst, so daß in der Tat jeder eine gewisse Beschäftigung habe. Weiter seien die Verhältnisse heute so, daß die qualifizierten Arbeiter heute den Eisenbahnverkehr studiert hätten lassen. Die Eisenbahnverwaltung habe auf wirtschaftlichen Kosten ihrer Arbeit die Eisenbahnverwaltung lassen. Die Eisenbahnverwaltung habe auf wirtschaftlichen Kosten ihrer Arbeit die Eisenbahnverwaltung lassen.

Dr. Kretzler erhob gegen den Vorschlag, daß dieser bei seinen Verhandlungen in London die deutschen Eisenbahnen habe verhandeln sollen. Ministerialrat Dr. Kretzler verteidigte die Lohnpolitik der Verwaltung. Ein Lohnarbeiter habe heute das 25fache seines Friedenslohnes, ein Handwerker etwa das 30fache. Die Verwaltung sei berechtigt, die qualifizierten Arbeiter entsprechend ihren Leistungen zu bezahlen, hohe dabei aber auf den Widerstand der Gewerkschaften, die immer häufiger bemerkt seien. Keine Spanne zwischen den verschiedenen Löhnen eintreten zu lassen. Wenn man die Dinge bei der Beamtenbesetzung so man zu stark zu liberalisieren betrachte sei. Bei der jetzigen Neuregelung der Arbeiterlöhne sehe die Regierung eine gewisse Spanne der Löhne vor und werde sich nicht davon abbringen lassen. Allerdings müsse man es in Zukunft vermeiden, die Arbeiterlöhne den Beamtengehältern anzugleichen.

Der Nationalistenrummel geht weiter

München, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die nationalsozialistischen Kundgebungen in München nahmen auch gestern ihren Fortgang. Ein besonderes Verdienst ist dabei zweifellos der Augsburgischer Abendzeitung zuzurechnen, die schrieb: „Unter Herrn von Rahr wäre das Aufziehen einer schwarzrotgoldenen Fahne unmöglich gewesen. Im Moment der Laufende von Bayern, die nichts mit der Berliner schwarzrotgoldenen Fahne zu tun haben wollen, fordern wir entschieden und reich die Enttarnung dieser Fahne.“ Der Bürgermeister von München, der von der Volkzeitung am Montag mitten von der Herjörung der Fahne am Hauptbahnhof nicht verhaftet wurde, obwohl sie Eigentum der Stadt München ist, ließ sich aber von der Augsburgischer Abendzeitung und ihrem Anhang nicht einschüchtern, sondern ordnete Erlass der verbrannten Fahne durch eine andere an. Nun wurde in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Mittelpartei neuerdings für die gewalttätige Enttarnung der Reichsflagge Stimmung gemacht. Eine Versammlung, in der Rudolf Steiner reden sollte, wurde systematisch getrennt. Die üblichen Schlägereien, Steinbomben und Knippen seitens nationaler nicht. Als die Polizei den Saal geräumt hatte, formierten sich die Demonstranten auf der Straße zu einem Ruge und marschierten zum Hauptbahnhof. Die an Stelle der verbrannten schwarzrotgoldenen Fahne gehißte neue Fahne war für die Nacht aus bestimmten Gründen abgenommen worden. Die Demonstranten sangen das deutsche Volkslied, ohne in ihrer Demonstration von der Polizei irgendwie belästigt zu werden. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Deutschnationaler Unfug

Gegenwärtig findet in Berlin eine Hausammlung für die Zwecke der Altershilfe statt. Auch unsere Genossen werden für diese Wohltätigkeitsaktion aufgerufen. In ihren Wohnungen werden sie besucht und um Spenden gebeten. Nun wird dem Vorwärts von verschiedenen Seiten eine faum glaubliche antilettisch-deutschnationale Propaganda mitgeteilt. Damen, die für die Altershilfe um Geld gebeten und dieses erhalten haben, strecken den Spendern beim Abschied plötzlich eine Einladung zu einer von den Deutschnationalen veranstalteten Segenraffee in die Hand. Bei dieser Raffee soll die „Beize“ einer „alten Reichsmarinellage“ stattfinden und die antilettischen Abgeordneten Lavrenz und Bruhn sollen Reden halten. Man kann sich die Empörung der Genossen vorstellen, die ihren guten Willen für die Alten durch solche deutschnationale Mittelmeile belohnt sehen. Nun form nur den Rat geben, daß in jedem Falle, in dem etwa das Spiel sich wiederholen sollte, diese Zeitungsverleiher angehalten und einmal bei Licht besehen werden.

Die französischen Generalratswahlen

Paris, 16. Mai. Das Ergebnis der Generalratswahlen wird von den antilettischen Parteien als ein Erfolg der Politik des Blocs der Rechten bezeichnet. Lebhaft wird die Siegel in den Kantonalwahlen ist sehr stark. Die Politik des nationalen Blocs ist verurteilt, der nationale Bloc ist in großen Schwierigkeiten. — Eine Nachricht lautet: Man müsse in Betracht ziehen, welche Unterstützung die katholischen und die nationalen Parteien den Wahlen in Stichwahlkreisen gewährt. Zugleich läßt die Konferenz der Rechten im ersten Wahlgang 17 Sitze, die Sozialistenpartei und die demokratischen sozialistischen Parteien 48 Sitze verloren, während die Sozialistische Arbeiterpartei und die Sozialisten 20 Sitze gewannen. Die Sozialisten behaupteten und in den Stichwahlen über die meisten Wahlkreise verfügen zu können. Man dürfte indes zweifeln an der Wichtigkeit der Abstimmung, da durch das Wahlergebnis des Juncens hervorgerufen wurde. — Däumle Vibre sagt: Unter moralischen Sieg ist eine charakteristische Tatsache. — Der Rappel lautet: Das furchtbare Ereignis dieser Wahlen ist, daß alle Parteien sich bereit erklärt haben. Es ist aber trotzdem nicht weniger wahr, daß sich eine Bewegung nach links zeigt und daß der Druck von links vergrößert wird. — Man sollte nicht eine gewisse Gefahr aus: Das Volk hat in demokratischer Ruhe abgestimmt und seinen Willen kundgegeben, das zu ändern, was vorhanden ist. Die Republik dankt fort. Das ist alles. Der nationale Bloc ist stark. Er hat sich zugunsten der antilettischen Regierung erklärt. Das genügt. — Auch Vibre Parole nicht sein, daß die Kantonalwahlen nicht die Veränderungen erfordern würden, die angeordnet werden seien. — Der sozialistische Populaire sagt: Die Kantonalwahlen des ersten Wahlgangs zeigen eine sehr klare Orientierung nach links und eine Verurteilung der Politik des nationalen Blocs. Den ersten Wahlgang hat die sozialistische Partei bestanden. Dem zweiten geht sie voll Vertrauen, selbst mit dem Wunsch entgegen, die Niederlage der Reaktion zu verhindern.

Der Dollar 288,88

Berlin, 17. Mai. (Amtlich.)

	17. 5.	17. 5.	16. 5.	16. 5.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Kolland	100 Kronen 1123,90	1124,11	1099,80	1099,87
Dänemark	100 Kronen 6167,25	6182,75	6007,45	6022,55
Schweden	100 Kronen 7405,70	7424,90	7240,90	7259,10
Normwegen	100 Kronen 5398,25	5391,75	5238,40	5271,60
Schweden	100 Kronen 5548,95	5561,95	5418,20	5431,80
Wien (deutschwähr.)	100 Kronen 2,08	2,07	2,06	2,07
Frank	100 Kronen 351,80	353,20	345,80	348,20
Ungarn	100 Kronen 36,75	35,85	35,75	36,85
Spanien	100 Peseten 4399,90	4390,70	4434,45	4445,55
Brasilien (Rio de Janeiro)	100 Reale 2101,85	2109,05	2082	2085
Italien	100 Lire 1523,05	1528,29	1498,10	1501,00
London	1 Pfund Sterling 1287,85	1290,65	1267,40	1269,60
Neuseeland	1 Dollar 288,88	288,88	282,14	282,88
Paris	100 Franc 282,70	284,80	286,75	288,25
Buenos Aires	1 Peso 108,60	108,60	104,10	104,40

Nachrichtl. Kassen 7,20.

Eigene Drahtmeldung
ra. Berlin, 17. Mai. An den größeren ausländischen Börsen sind die Schwankungen der Wechselkurse auf ein Minimum zurückgegangen. So wurde auf Neuseel die Mark unverändert nachbörstlich mit 83¼ gemeldet. Infolge dessen hat der Devisenmarkt in den heutigen Vormittagsstunden ein unbedeutend flüchtiges Aussehen. Die vielen ungeklärten wirtschaftlichen Fragen lassen Publikum und Spekulation weiterhin eine abwartende Haltung einnehmen. Da auch von anderen größeren ausländischen Börsen keine Anregung gegeben wurde, blieb das Geschäft ganz still. An dem Wechselmarkt fehlt es auch heute an jeder Geschäftstätigkeit. Es herrscht deshalb überall das Gefühl der Unsicherheit und eine äußerste Zurückhaltung.

Wasserstände der Elbe, Oder, Eger und Saale

	Rehrt 15.		16.		Rehrt 15.		16.	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	
Walden	+ 18	- 2	+ 18	- 2	Walden	+ 18	- 2	

Die Steigerung des Zeitungspapierpreises

Das Zeitungspapier kostete das Kilogramm:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1. Januar	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1. Februar	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1. März	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1. April	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1. Mai	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923

Der Preisvergleich beträgt also fast das 80fache gegenüber dem Preis im Jahre 1914.

Sächsische Angelegenheiten

Der Zentralausschuß der K. P. D. zur Lage in Sachsen

Der Zentralausschuß der K. P. D. befahte sich in seiner am 14. und 15. Mai in Berlin abgehaltenen Tagung auch mit der Lage in Sachsen. Er nahm dazu gegen eine Stimme eine langatmige Entschließung an, in der er die bekannten kommunistischen Schlagworte an, in der er die Regierung, die angeblich ihre Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nicht erfüllt, sondern in dem Bestreben, es mit dem Bürgerrecht nicht zu verderben, die dringendsten proletarischen Interessen im Stich gelassen habe, zum hundertsten Male frisch aufwärmt und der Öffentlichkeit aufsticht. Dadurch ist das alte Schlagwort natürlich nicht genießbar geworden. Zur Begründung der Haltung der Kommunisten zur Frage der Landtagsauflösung wird in der Entschließung ausgeführt:

Die K. P. D. hat den deutschnationalen Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages abgelehnt. Sie hat jedoch mit dieser Ablehnung der Regierung kein Vertrauensvotum gegeben, sondern im Gegenteil ihr weiteres Verhalten gegenüber dieser Regierung von der Durchführung vier konkreter elementarer Forderungen der arbeitenden Massen, die die Partei formuliert hat, abhängig gemacht. Die K. P. D. hat sich gegenüber den beiden parlamentarischen Parteien und ihrer Regierung vollständig politische Bewegungsfreiheit vorbehalten, nachdem die sozialistischen Parteien eine von der K. P. D. vorgeschlagene gemeinsame Aufhebung des Landtages zur Mobilisierung der proletarischen Massen gegen die frechen Forderungen der Bourgeoisie abgelehnt haben. Eine Ablehnung der im sächsischen Landtag am 11. Mai von der Regierung vorgelegten Forderungen durch die sozialistischen Parteien würde die K. P. D., der Regierung die Unterstützung zu entziehen und die Verantwortung für die Auflösung des Landtages vor der Arbeiterschaft auf sich zu nehmen. Die K. P. D. wird die Arbeiterschaft aufrufen, den Kampf für eine Arbeiterregierung aufzunehmen, die energisch und unerschrocken für die Arbeiterforderungen gegen die Bourgeoisie und ihre Koalitionierung kämpft.

Der Zentralausschuß billigt das Vorgehen der sächsischen Genossen und verpflichtet die Gesamtpartei, die sächsischen Genossen zu ihrem Kampf mit aller Kraft zu unterstützen. Neben einem Eintritt von Kommunisten in eine sozialistische Landtagsregierung und die dabei zu stellenden Bedingungen entscheidet der Zentralausschuß der Partei.

Nachdem wir gestern bereits zu den Annahmen der Kommunisten für die Stellung genommen haben, können wir uns heute darauf beschränken, die Haltung des kommunistischen Zentralausschusses zur Lage der Arbeiterschaft bekanntzugeben. Jedenfalls haben wir gar keine Veranlassung, um das Wohlwollen der Kommunisten zu tadeln oder uns von uninteressanten Begehrungen der Interessentenvertretung durch kommunistische Scheinradikale abdrängen zu lassen. Wenn sich durch die Eigenmächtigkeit der Kommunisten die Krise in Sachsen verschärfen sollte, dann hätte nur die K. P. D. und der Berliner Zentralausschuß die Verantwortung dafür zu tragen.

Staatszeitung und Nachrichtenstelle

Die bürgerliche Presse gefäht sich wieder einmal in einem aufgeregten Entfaltungsummel, weil sie aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, daß in die Leitung der amtlichen Nachrichtenstelle der Staatskanzlei und in die Hauptredaktion der Sächsischen Staatszeitung neue Männer berufen werden sollen. In diesem Bereich gibt man die Nachrichtenstelle folgendes bekannt:

In der Presse wird die Meldung verbreitet, daß ein Wechsel in der Leitung der Sächsischen Staatszeitung und in der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei bevorstehe und Verhandlungen mit einem Berliner Journalisten für ihren Ende näherten, der für einen dieser Stellen in Betracht käme. Wichtig ist, daß hinsichtlich der Sächsischen Staatszeitung tatsächlich mit verschiedenen Journalisten, darunter auch mit einem Berliner, wegen Übernahme der Leitung ihres politischen und volkswirtschaftlichen Teiles verhandelt worden ist. Die Verhandlungen sind aber durchaus noch nicht zum Abschluß gelangt.

Das ganze Entfaltungsgeschrei der bürgerlichen Presse wird zu einem geradezu lächerlichen Spektakel, wenn man nur die beidseitige Frage stellt: Welche bürgerliche Regierung hätte wohl die beiden wichtigsten Publizistenposten, die sie zu besetzen hat, mit Sozialisten besetzt, oder seit Jahr und Tag in sozialistischen Händen belassen? Die Antwort müßte lauten: Fein! Die bürgerliche Presse hat also bei dieser Sachlage gar keine Ursache, zu kämpfen und zu streiten, wenn auch umgekehrt eine sozialistische Regierung diese beiden wichtigen Stellen nicht noch länger in bürgerlichen Händen lassen, sondern endlich, endlich mit Sozialisten besetzen will. Offenbar läßt sich die Regierung durch das heftigste Vergewaltigungsgeheiß der

bürgerlichen Presse nicht davon abhalten, nun doch das zu tun, was in dieser Beziehung notwendig ist.

Volkschulfragen im Haushaltsausschuß

Die Beratung des Kapitels 96, Volksschulen fehr., mit seiner 300-Mitglieder-Einstellung brachte im Haushaltsausschuß eine Rülle von Wünschen der verschiedenen Fraktionen. Ein Antrag einer bürgerlichen Abgeordneten, mehr als bisher Lehrerinnen anzustellen und vor allem in den Mädchenoberklassen Turnunterricht durch weibliche Lehrkräfte erteilen zu lassen, wurde gegen die Stimme eines unabhängigen Lehrers angenommen. Einkimmig wurde beschlossen, auf Antrag des Berichterstatters für Turnlehrerbildungsausschüsse Förderung des Turn- und Judounterrichts sowie für Knaben- und Mädchenhandball, Handball-, und Schachunterricht statt 104.000 184.000 M. einzusetzen, ferner bei Titel 21 an unterwiesende Schulgemeinden statt 500.000 2 Millionen M. für 1929 einzusetzen. Die Einsetzungen der Regierung für Unterrichts- und Fortbildungsschulen für 1929 von 500.000 M. wurden auf 2 Millionen M. erhöht. Bei Titel 23 wurden die Beihilfen an Schullehrern auf 100 Millionen M. und an Lehrern auf 100 Millionen M. heraufgesetzt.

Die Polizeivorlage, die vom Landtag der gemeinsamen Beratung des Finanz- und des Haushaltsausschusses übergeben wurde, wurde durch den Finanz- und Haushaltsausschuß überwiegen, weil man erkannte, daß die Vorlage in enger Verbindung mit der Etablierung steht. Würden die in Frage kommenden Einnahmen bewilligt, dann wären die Bedingungen für die Vorlage gegeben. Im übrigen sei die rein rechtliche Verhandlung der Vorlage bei Beratung der neuen Gemeindeform zu erledigen.

Ernst Möllers Befragung

Am Montag wurde Genosse Ernst Möller in Leipzig zur letzten Ruhe geleitet. Im Trauergefolge befanden sich auch mehrere Mitglieder bürgerlicher Landtagsfraktionen. Die Gedächtnisrede hielt dem toten Freunde und Kampfgesossen der Leipziger Kreisheimpfarrer Genosse Heinrich Lange, der gleichzeitig dem Dahingegangenen im Namen der sächsischen Regierung und des Ministerpräsidenten den letzten Abschiedsgruß überbrachte. Nach Lange sprach noch Siebold für den Unterbezirk Leipzig, Pudor für die Landtagsfraktion und eine Reihe anderer Genossen. Die demokratische Landtagsfraktion ließ durch Herrn Abgeordneten Dr. Weinhold eine Kranzrede mit schwarzgoldener Schleife niederlegen. Bei Engelwiel und Weitzelung wurde das, was hierdurch war an unsern verstorbenen Genossen, der reinen Flamme übergeben.

Das Gesamtministerium hat den Ministerialdirektor Dr. Lampe zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für den höheren Verwaltungsdienst ernannt.

Der Landtag wird, da Donnerstag den 23. Mai (Himmelfahrt) eine Sitzung nicht stattfinden kann, voraussichtlich am Freitag und Sonnabend Sitzungen abhalten. Auch für die Pfingstwoche sind noch Vollsitzungen in Aussicht genommen, und zwar Dienstag und Mittwoch.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses B des Sächsischen Landtages werden am Montag und Dienstag nächster Woche eine Reise nach Bad Elster und Bad Oberhoflema antreten, um dort die Anlagen zu besichtigen, für die im Staatshaushaltsplan erhebliche Mittel eingestellt sind.

Die orientalische Landesversammlung der U. S. V. Sachsen wird vom geschäftsführenden Landesvorstand für den 1. und 2. Juni nach Claussen e. einberufen. Den Bericht der Landtagsfraktion erliefert Müller, über die politische Lage in Sachsen spricht der Innenminister Lipinski.

Stadt-Chronik

Damals ...

Die Weltjähre bringt eine Anklage in Erinnerung, die sich heute wie eine Saitre liest, die damals aber bitterer Ernst war. Oberstaatsanwalt Dr. Jenbiel hielt sie in einem Presseprozeß gegen den Vormarsch wegen eines Artikels „Die Kaiserin“ im Jahre 1903. Er sagte damals als felsenfest überzeugter Anwalt des Staates und seines Kaisers: Die Behauptung, die der Artikel enthalte, stelle aber eine schwere Majestätsbeleidigung dar, denn sie lachte die Ansicht zu erwecken, daß der Monarch in bloßer Furcht vor der Revolution, in erster Sorge um seine Sicherheit merkwürdigen Klagen zuneige, daß er davon denke, sich vor dem Anbruch der Revolution in Sicherheit zu bringen. Das sei eine grobe Beleidigung für den Monarchen, der mit fester Hand das Steuer des Staatschiffs lenke, einer Persönlichkeit gegenüber wie unserm Kaiser, der bis jetzt noch nie die geringste Abneigung zu erkennen gegeben habe, sich vor seinem Volke abzuschließen, der sich fast täglich seinem Volke zeige, seine Spaziergänge im Tiergarten mache. Von einem solchen Monarchen werde behauptet, er trauere nicht mehr seinem Volke und auch nicht mehr seinem Reue.

Urteil: Neun und vier Monate Gefängnis für die verantwortlichen Redakteure.

Seute sigt Wilhelm II. auf seiner „Kaiserinsel“ Doorn. Und Dr. Jenbiel? Wie denkt heute Herr Dr. Jenbiel über seine Rede von damals?

Baumblüte im Botanischen Garten

Der Betteifer im Sprossen und Blühen der Pflanzenwelt ist wohl niemals annütiger zum Ausdruck gebracht worden als in dem lieblchen Vers Walters von der Vogelweide:

du bist kurzor, ich bin langer,
also striten ul dem anger,
bluomen unde kles.

Das Werblühen von Räumen, Sträußern und Sträußern ist im Botanischen Garten in diesem Gange. Sehen wir, was es da gegenwärtig — besonders an blühenden Bäumen, die mehr als das Pflanzen durch die Masse wirken — zu beobachten gibt:

Im östlichen Quartier (gegenüber dem Schloss) prangen in reicher Blüte Pyrus floribunda — ein Verwandter des Paradiesapfels — Cydonia japonica, die japanische Quitten (kommen in warmen Jahren bei uns zur Reife; die wunderbar duftenden Früchte werden gern in den Waldschnecken gelegt) und Exochorda Alabarti — mit schneeweißen Blüten — sowie einige kleine Rhododendronarten (racemosa, rosarinifolium und dilatatum) mit hellroten und rosafröhen Blüten.

Am Schmuckplatz, der nun — nach dem Rückzug der Fischheiligen — die Gartenaufstränder des Schlosses aufnehmen wird, entfalten zwei Magnolien (M. speciosa und eine Kreuzung speciosa X yulan) immer noch neue Blütenblätter.

Zu orientalischen Quartier leuchten zwischen den bunfel-nablihen Fledern und Kiefern zwei Ficusarten (Ficus) auf, die eine (F. salicifolia) mit weißen, die andre mit tiefvioletten Blüten; letztere ist jedenfalls viel schöner als ihr Name (F. Niedzwiedzkiana), während die bunte Azalea pontica (Rhododendron flavum) ihre goldgelben Blüten eben erst zu öffnen sich anhebt.

Schließlich mögen sich die Besucher in die südlie Ede des Gartens verfügen, wo im Ericaceen-Quartier Bryanthus empotri-folius, Leioophyllum buxifolium mit Rhododendron- und Kalmia-arten um den Preis der Schönheit wetteifern.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß Diebstähle im Botanischen Garten in bedauerlicher Weise zunehmen. Die Direktion warnt ausdrücklich davor und wird sich gegenwärtig sehen, solche Fälle, wenn sie bekannt werden, unmissverständlich der Polizei zu übergeben.

Am letzten Freitag des Monats, also am 30. Mai, nachmittags 6 Uhr, findet wieder eine Monatsversammlung statt, zu der alle Freunde des Botanischen Gartens herzlich eingeladen sind.

Die Renten der Kriegervitwen

Die Versorgung der Kriegervitwen richtet sich wie die der Kriegsbeschädigten nach dem Reichsversorgungsgesetz. Es ist ein Unterschied gemacht zwischen erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Witwen. Die erwerbsfähige Witwe erhält 50 Prozent derjenigen Bezüge, die ihrem Ehemann im Falle vollständiger Erwerbsunfähigkeit als Kriegsbeschädigten zugesprochen hätten. Die Rente der erwerbsunfähigen Witwe beträgt 60 Prozent dieser Bezüge. Auf Grund des alten Militärhinterbliebenengesetzes erhielt eine Kriegervitwe zu Anfang des Krieges ohne die später eingeführten Versorgungszuschläge monatlich 33,35 Mark. Vergleicht man diesen Rentenbetrag mit dem heutigen Geldwert, so müßte, wenn man der Witwe die gleichen Rentenbezüge in Goldmark zukommen lassen wollte, nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts der Wache Betrag ausbezahlt werden. Das würde einen Monatsbeitrag von 210 M. ausmachen, eine Summe, die zur Verteilung des Lebensunterhaltes einer erwerbsunfähigen Witwe in traurigen Gegenden als angemessen bezeichnet werden muß. Gegenwärtig erhalten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes die erwerbsfähigen Kriegervitwen jedoch nur im Durchschnitt in der ersten Klasse E eine monatliche Rente von 188 M., in der ersten Klasse B eine monatliche Rente von 158 M., in der ersten Klasse C eine monatliche Rente von 128 M., in der ersten Klasse D eine monatliche Rente von 98 M., in der ersten Klasse E eine monatliche Rente von 68 M. monatlich weniger. Geht die Witwe feiner Gewerbe nach, so erhält sie seit 1. März d. J. einen monatlichen Zuschuß von 160 M. Insgesamt steht also der erwerbsunfähigen Kriegervitwen eines gelernten Arbeiters, Landwirts, Geschäftsmannes oder Kaufmann zur Verteilung ihres Lebensunterhaltes monatlich nur ein Betrag von 478,55 M. in den teuersten Orten und in der ersten Klasse E ein solcher von 302,20 M. zur Verfügung. Das mit solchen Beträgen der Lebensunterhalt nicht zu bestreiten ist, dürfte ohne weiteres klar sein. Deshalb muß die vom Reichsamt der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen aufgestellte Forderung nach Verdoppelung der gegenwärtigen Gesamtbezüge ohne weiteres als berechtigt anerkannt werden. Bei Verdoppelung der Bezüge würde z. B. eine erwerbsunfähige Witwe eines gelernten Arbeiters mit zwei Kindern unter Einwirkung der ebenfalls verdoppelten Weisenzente in der ersten Klasse B eine tägliche Rente erhalten, die den Höchstbetrag der Erwerbslosenunterstützung für alle drei Personen nur um 9,00 M.

Irrungen, Wirrungen

Berliner Roman von Theodor Fontane

„Göre nur, Votho,“ sagte Käthe, sich aufrichtend, während sie voll Uebermut hinzusetzte: „Stomms, laß uns tanzen.“ Und ohne seine Zustimmung abzuwarten, zog sie ihn aus kleinem Stuhl in die Höhe und warzte mit ihm in das große Salonzimmer hinein und in diesem noch ein paar Mal herum. Dann gab sie ihm einen Kuß und sagte, während sie sich an ihn schmeigte: „Weißt du, Votho, so wunderbar hab' ich noch nie getan, auch nicht auf meinem ersten Ball, dem ich noch bei der Bilow miltmachte, ja, daß ich's nur geteile, noch es ich eingiegniet war. Darf' Osten nahm mich auf seine Verantwortung mit und die Wonna weiß es bis diesen Tag nicht. Aber selbst da war es nicht so schön wie heut. Und doch ist die verbotene Frucht die schönste. Nicht wahr? Aber du sagst ja nichts, du bist ja verlegen, Votho, Tisch, so erlaub' ich dir mal wieder.“

Er wollte so gut es ging etwas sagen, aber sie ließ ihn nicht dazu kommen. „Ach glaube wirklich, Votho, meine Schwefelröhre hat es dir angetan und du darfst mich nicht damit trösten wollen, sie ist noch ein halber Wackelstiel oder wird weit darüber hinaus. Das sind immer die gefährlichsten. Ist es nicht so? Nun ich will nichts gesehen haben und ich gönne es ihr und dir. Aber auf alte, ganz alte Geschichten bin ich eiferüchtig, viel, viel eiferüchtiger als auf neue.“

„Sonderbar,“ sagte er und verkaufte zu lachen. „Und doch am Ende nicht so sonderbar wie's aussieht.“ Käthe fort. „Zieh, neue Geschichten hat man doch immer hoch unter Augen und es muß schon schlimm kommen und ein wirklicher Meisterverräter sein, wenn man gar nichts merken und so reinweg betrogen werden soll. Aber alte Geschichten, da hört alle Kontrolle auf, da kann es täuschend und geben und man weiß es kaum.“

„Und was man nicht weiß.“

„Nun einen doch heiß machen. Aber lassen wir's und laß mich lieber weiter aus deiner Zeitung vor. Ich habe schließlich an meine Andeutungen denken müssen und die Frau versteht es nicht. Und der alte ist jetzt gerade studieren.“

Solche Geschichten ereigneten sich häufiger und be-

schworen im Bothos Seele mit den alten Zeiten auch Lenens Bild heraus, aber sie selbst sah er nicht, was ihm auffiel, weil er ja wußte, daß sie halbe Nachbarn waren.

Es fiel ihm auf und war ihm doch leicht erklärlich gewesen, wenn er rechtzeitig in Erfahrung gebracht hätte, daß Frau Rimpfisch und Lene gar nicht mehr an alter Stelle zu finden seien. Und doch war es so. Von dem Tag an, wo Lene dem jungen Boos in der Lügengestalt begegnet war, hatte sie der Alten erklärt, in der Dörrschen Wohnung nicht mehr bleiben zu können, und als Mutter Rimpfisch, die sonst nie widersprach, den Kopf geschüttelt und gewimmert und in einem fort auf den Seid hingewiesen hatte, hatte Lene gesagt: „Mutter, du kennst mich doch. Was werde dir doch deinen Herd und dein Feuer nicht nehmen; du sollst alles wieder haben; ich habe das Geld dazu gespart und wenn ich's nicht hätte, so wolle' ich arbeiten, bis es bekommen wäre.“ Aber hier müssen wir fort. Ich muß jeden Tag da vorbei, das halt' ich nicht aus, Mutter. Ich gönne' ihm sein Glück, ja mehr noch, ich freue mich, daß er's hat. Geld ist mein Jenge, denn er war ein guter, lieber Mensch und hat mir zu Liebe gelebt und kein Gohann und keine Gohoret. Und daß ich's rund heraus sage, trotzdem ich die feinen Meeren nicht leben kann, ein richtiger Weinmann, so recht einer, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Ja, mein einziger Votho, du sollst glücklich sein, so glücklich wie du's verdienst. Aber ich kann es nicht sehen. Mutter, ich muß weg hier, denn so wie ich sein Schritte gebe, dem ist er nicht vor mir. Und du bist ich in einem ewigen Fittern. Nein, nein, das geht nicht. Aber deine Verdienste sollst du haben. Das verzeih' ich dir, ich, deine Lene.“

Nach diesem Geirach war kein's der Alten aller Widerstand ausgedrückt worden und auch Frau Dörr hatte gesagt: „Versteht sich, ihr müßt wegziehen. Und dem alten Selzkragen, dem Dörr, dem gönne' ich's. Nummer hat er mir was vorgebrummt, daß ihr zu Billig eintrüht und daß nicht die Steuer an die Revolutar dabei raus käme. Au mag er sich freuen, wenn ihm alles leer steht. Und so wird's kommen. Denn wer zieht denn in die neuen Fittnerhöfen, wo jeder Vater ins Fenster sucht in sein Gas nich in feine Wasserleitung. X. herbstlich ist: ihr habt ja vierjährliche Kündigung und Eltern könnt ihr raus, da helfen ihm keine Spritzen. Und ich freue mich ordentlich. Ja, Lene, so

schlecht bin ich. Aber ich muß auch gleich für meine Schadenfreude bezahlen. Denn wenn du weg bist, Kind, und die gute Frau Rimpfisch mit ihrem Feuer und ihrem Teufel und immer kochend Wasser, ja, Lene, was hab' ich denn noch? Doch bloß ihn un Eulien und den dümmen Jungen, der immer dummer wird. Un sonst keinen Menschen nich. Un wenn's denn kalt wird und Schnee fällt, is es mitunter zum fottol'ich werden vor lauter Stillfiken und Einsamkeit.“

Das waren so die ersten Verhandlungen gewesen, als der Umzugsplan in Lene feststand, und als Ostern herantam, war wirklich ein Möbelwagen vorgefahren, um aufzuladen, was an Habeligkeiten da war. Der alte Dörr hatte sich bis zuletzt überredend gut benommen und nach erfolgtem feierlichen Abschied war Frau Rimpfisch in eine Droschke gepackt und mit ihrem Eckschädel und Stieglis bis an das Lützen-ufer gefahren worden, wo Lene, drei Treppen hoch, eine kleine Wradtwohnung gemietet und nicht nur ein paar neue Möbel angekauft, sondern, in Erinnerung an die Versprechen, vor allem auch für einen an den großen Vorderzimmerfenster angebauten Kamin geordert hatte. Seitens des „Wirts waren anfänglich allerlei Schwierigkeiten gemacht worden, weil solch' Borsbau den Dien ruinieren.“ Lene hatte jedoch unter Angabe der Gründe darauf bestanden, was dem Wirt, einem alten heiden Tischlermeister, dem so was gefiel, einen großen Einwand machte und ihn zum Nachgeben bestimmte hatte.

Beide wohnten nun ziemlich ebenso, wie sie vordem im Dörrschen Gartenaule gewohnt hatten, nur mit dem Unterschiede, daß sie jetzt drei Treppen hoch lagen und statt auf die phantastischen Lürme des Elebantenhauses auf die hübsche Kuppel der Michaelskirche saßen. Ja, der Wirt, dessen sie sich erstreuten, war entzündend und so schön und frei, daß er selbst auf die Lebensgewohnheiten der alten Rimpfisch einen Einfluß gewann und sie befamnte, nicht mehr bloß auf der Fußbank am Feuer, sondern, wenn die Sonne schien, auch am offenen Fenster zu sitzen, wo Lene für einen Drit geordert hatte. Das alles tat der alte Frau Rimpfisch ungenügend wohl und half ihr auch gesundheitslich auf, so daß sie, seit dem Wohnungswechsel, weniger an Reizen litt als draußen in dem Dörrschen Gartenaule, das, so rechtlich es log, nicht viel besser als ein Keller gewesen war.

(Fortsetzung folgt.)

Kohlenverkaufspreise für Hausbrandlieferungen.

Preis 5 1/2 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919 von Kohlenwerkstätten...

Die Kohlenverkaufspreise für Hausbrandlieferungen...

Pirna.

Sitz der Vertretung der mitbestimmten Belegschaft...

- 1. Zentrale Gewerkschaft und Arbeiterverein... 2. Zentrale Gewerkschaft...

Personen, die noch glauben, Ansehen auf...

Die Landheim, Tschuderer, Tischer, und...

Donnerstag den 18. Mai, früh von 7-8 Uhr...

Ausfertigung.

Im Namen des Volkes!

An der Polizeistation...

Dem Privatführer wird auf seinen Antrag...

Dr. Ding...

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts...

Präsidentin Frieda Biedek...

Statt Karsten...

Alfred Roscher...

Karl Marx: Kapital...

Ab Donnerstag! Kammer-Lichtspiele

Wilsdruffer Straße 29. 6 Akte. Das Gespenst der Wüste. 6 Akte. 6 Episoden. Der glühende Kristall. 36 Akte.

Die aufsehenerregenden Sensationen Elmo Lincolns...

Bier- und Speise-Restaurant Annenhof

Sonnabend, 20. Mai, nach vollständiger Neueinrichtung wieder geöffnet.

Brunksaal Grüne Wiese

Eintritt 12. Donnerstag ab 6 Uhr.

Regina-Palast

Täglich 8 Uhr abends.

Tanzattraktionen allerersten Ranges

Täglich 4 1/2 Uhr nachmittags.

fünf-Uhr-Tea mit Tanzdarbietungen

Jeden Dienstag und Freitag.

Regina-Ball

Tischbestellungen: fernruf 22943, 22944 und 22945.

- Strauß, Boas 300... 10... 10... 10...

Damen u. Herren kaufen moderne Kleidung...

Minerale Anzüge Gummischläpper...

Frauen-Haare 200 M.

Bürobedarf

Farbbänder, Kohle-, Wachs-, Schreib-, Saug-, Durchschlag-Papiere...

Schweizerkäse

14 Zogr extra billig, 1 Stb. 60 St., bei 5 Stb. 58 St.

Gummi-Beschlung



Futtermittel

Emil Wilke, handlung der Vöghn...



Vorzügliche Deutsche Edel-Schokoladen

Manss, Richter & Kuntz, Niedersiedlitz & Dresden.

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung

Ausschnitt seine Kernledersohlen...

Arbeitshofen

Militärhofen - Bredeshofen...

Sport-Spiel-Körperpflege

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Lehrer-Turn- und Sportbund...

Vertical text on the far right edge of the page, including 'Nr. 11' and 'Ri'.